

Kantonsrechnung 2014

Rote Zahlen zum ersten Mal seit elf Jahren

Brogli: «Wir konnten ein Defizit nicht verhindern»

Minus Die roten Zahlen zeigen, wie wichtig das Sparpaket sei, sagen Regierung, SVP, FDP und CVP. Grüne und GLP sehen das anders. Ein Kartenhaus breche zusammen, findet gar die SP.



Roland Brogli: «Wir haben im vergangenen Jahr ein unbefriedigendes Ergebnis erzielt.»

JIRI REINER

VON MATHIAS KÜNG

Die schlechte Botschaft kam nicht unerwartet. Schon lange wusste man, dass die im Aargauer Budget 2014 einkalkulierte Ausschüttung von 52 Millionen Franken der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nicht kommt, nachdem sie 2013 ein gigantisches Defizit eingefahren hat (die doppelte Ausschüttung aus dem erfolgreichen SNB-Geschäftsjahr 2014 kann erst in der Kantonsrechnung 2015 verbucht werden). So musste Finanzdirektor Roland Brogli gestern in Aarau bei der Vorstellung der provisorischen Rechnung 2014 den bitteren Satz sagen: «Trotz grosser Anstrengungen im Lauf des Jahres konnten wir ein Defizit nicht verhindern.» Es fällt mit 65,5 Millionen Franken gar noch etwas höher aus als die fehlenden Nationalbankmillionen. Dazu laut Brogli auch die «hohe Kostendynamik in der Spitalfinanzierung» bei.

Doch das ist noch nicht alles: Hätte der Kanton die Rechnung nicht durch eine Entnahme von 80 Millionen Franken aus einem Notkasseli (Bilanzausgleichsreserve) entlasten können, so hätte Brogli gar ein Defizit von 145 Millionen Franken verkünden müssen (vgl. Grafik). Für Brogli ist deshalb klar, dass das Sparpaket nötig ist: «Wir haben ein strukturelles Defizit von 80 bis 100 Millionen Franken. Ohne Leistungsanalyse würde es weiter ansteigen. Diese kommt deshalb gerade im richtigen Zeitpunkt.»

Schuldenbremse greift

Brogli beschönigte nichts am «unbefriedigenden Ergebnis». Zusätzlich kam wegen der zu erwartenden Konjunkturabkühlung ausserordentliche finanzielle Herausforderungen auf den Aargau zu. Bereits 2014 ist das Bruttoinlandsprodukt im Aargau mit real nur 1,3 (statt 2,2) Prozent deutlich geringer gewachsen als prognostiziert.

Das Defizit hat bereits Folgen für kommende Budgets: Die Schulden-

bremse verlangt nämlich, dass der Fehlbetrag über fünf Jahre abgetragen wird. Die Konsequenz: In den nächsten fünf Jahren stehen je 13 Millionen Franken weniger zur Verfügung.

An den Steuern liegt es nicht

Bei den Kantonssteuern der natürlichen Personen fällt der Rechnungsabschluss um 6,5 Millionen Franken besser aus als budgetiert. Auf diesem Weg nahm der Aargau 1,65 Milliarden Franken ein. Damit hält der Trend zu jährlichen Mehreinnahmen bei diesen Steuern an. Leicht mehr als erwartet (45,5 Millionen Franken) kamen bei den übrigen kantonalen Steuern herein. Anders präsentiert sich das Bild bei den juristischen Personen: Firmen lieferten mit 399,5 Millionen Franken zwar ebenfalls leicht mehr ab als im Jahr davor, aber 27,5 Millionen Franken weniger als budgetiert. Für Regierungsrat Brogli «ein klarer Beleg für die konjunkturelle Abkühlung».

Auch angesichts der veränderten Rahmenbedingungen nach der Auf-

hebung des Euro-Mindestkurses durch die Nationalbank im Januar und weiterer Risiken (vgl. Artikel rechts oben) kündigte Brogli für die künftige Budgetierung an, was Bürgerliche hoffen und die Linke befürchtete: «Zurückhaltung, Optimierung und eine konsequente Priorisierung der Aufgaben und Ausgaben.» Die Leistungsanalyse sei jetzt «wichtiger und dringlicher denn je», so Brogli. Darauf nehmen auch alle Parteien, die bereits Stellungnahmen abgegeben haben, Bezug (vgl. die sieben Kurztitel am Fuss dieser Seite). Der Aargauische Gewerbeverband (AGV) warnt in einer Mitteilung eindringlich vor Steuererhöhungen. Das würde zu einem wirtschaftlichen Abschwung führen, fürchtet der AGV. Wer in einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheiten Steuererhöhungen fordere, handle «verantwortungslos».

Sekundarstufe II angepakt

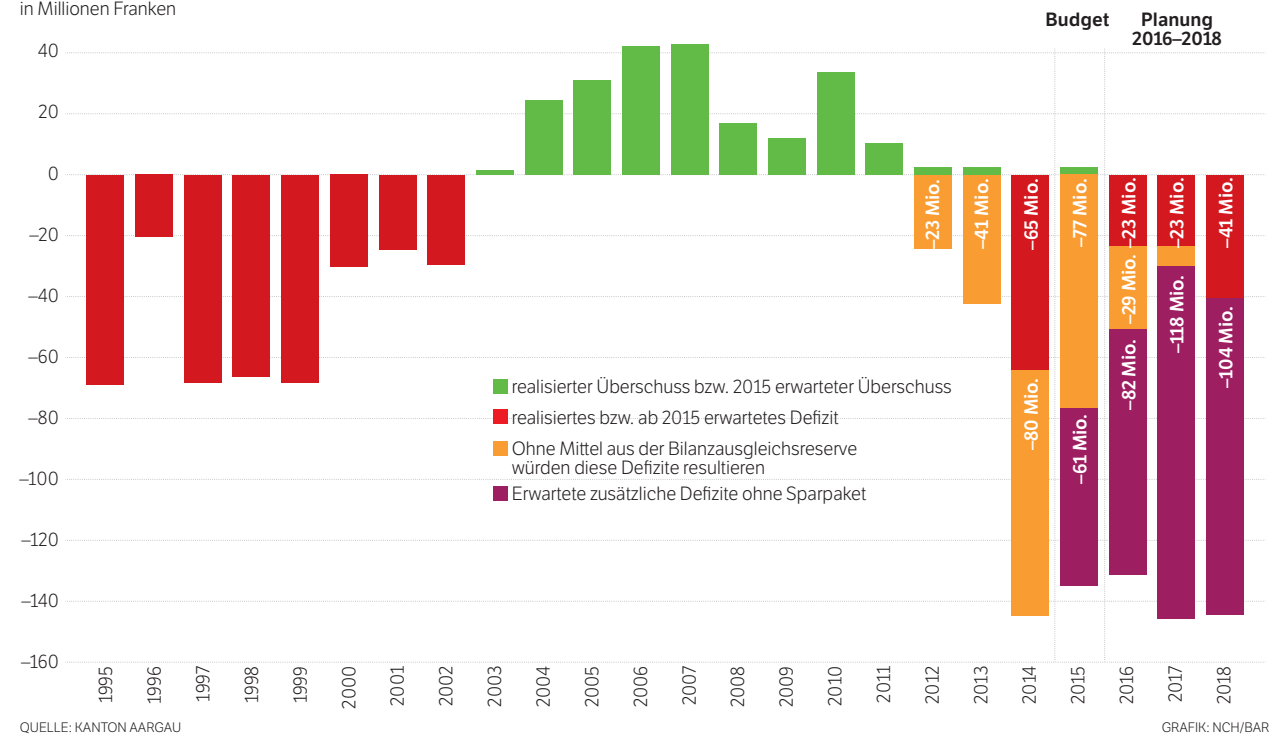
Was hat die Kantonsregierung weiter vor? In den nächsten Tagen läuft die Vernehmlassung zur Überprüfung

der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie zum neuen Finanzausgleich ab. Die Vorlage dürfte also bald in den Grossen Rat kommen. Die Standorte der Mittel- und Berufsfachschulen seien zum Teil sehr unterschiedlich ausgelastet, sagte Staatschreiber Peter Grünenfelder an der Medienkonferenz. Jetzt wird ein umfassendes Standort- und Raumkonzept für die gesamte Sekundarstufe II erarbeitet. Die Regierung setzt weiter voll auf die Hightech-Strategie. Demnächst kommt die Umsetzung der ersten Teilrevision des Raumplanungsgesetzes ins Parlament. Weiter wird dem Parlament ein Planungsbericht vorgelegt, in dem es etwa um die Integration Arbeitssuchender in den ersten Arbeitsmarkt geht. Schliesslich arbeitet die Regierung an einer neuen Vorlage zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Sie wird Mitte Jahr erwartet.

Brogli im Tele-M1-Fokus auf www.aargauerzeitung.ch

KANTONSRECHNUNG 2014 SCHLIESST MIT EINEM DEFIZIT

in Millionen Franken



QUELLE: KANTON AARGAU

GRAFIK NCH/BAR

GRÜNE ZUM DEFIZIT

Wegen Steuergeschenken fehlt Handlungsspielraum

Das Defizit bestärkt die Grünen in ihrem Nein zum Sparpaket am 8. März. Dies schreibt Grossrat und Finanzpolitiker Robert Obrist. Trotz ausgezeichnete Wirtschaftslage habe man 80 Millionen Franken aus der Bilanzausgleichsreserve entnommen, «etwas, das nur in schlechten Jahren nötig sein sollte». Eine Annahme der CVP-Familieninitiative, der drohende Wegfall der Grundbuchabgabe und mögliche Mindereinnahmen aus dem nationalen Finanzausgleich würden weitere Löcher in die Staatskasse reissen. Das Sparpaket habe aufgezeigt, «dass die Möglichkeiten auf der Ausgabenseite ausgeschöpft sind».

GLP ZUM DEFIZIT

Warnung vor fahrlässiger Einnahmenschmälerung

Die Grünliberalen Aargau (GLP) warnen «eindringlich vor (groß)fahrlässigen, vorsätzlichen Einnahmenschmälerungen», so der Finanzpolitiker und Grossrat Sander Mallien. Zum jetzigen Zeitpunkt erachte man das Begehren um eine Reduktion der Grundbuchabgaben (36 Millionen Franken Mindereinnahmen für den Kanton) «als unnötig und geradezu grobfahrlässig». Weiter warnt die GLP «vor den ebenfalls unnötigen, negativen finanziellen Folgen einer allfälligen Annahme der «rein populistischen CVP-Familieninitiative» (je 30 Millionen Franken Mindereinnahmen für Kanton/Gemeinden). Und die GLP ärgert sich, dass die Bilanzausgleichsreserve bereits in guten Zeiten «durch kurzfristige Steuergeschenke und zur Beschönigung der Jahresabschlüsse 2012, 2013 und 2014 unnötigerweise weitgehend aufgebraucht» worden sei.

RISIKEN FÜR KANTONSHAUSHALT

Es drohen mögliche Ausfälle bis 160 Millionen Franken

Ab 2015 rechnet der Kanton wieder mit Zahlungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von 52 Millionen Franken. Da der SNB 2015 ein Defizit droht, dürften 2016 diese Gelder fehlen.

Sollte der Souverän am 8. März an der Urne die CVP-Familieninitiative gutheissen, verlieren dadurch Kanton und Gemeinden je 30, zusammen also 60 Millionen Franken jährlich.

Sollte das Parlament wie vom Bundesrat vorgeschlagen die Zahlungen aus dem Nationalen Finanzausgleich um rund 300 Millionen Franken reduzieren, verliert der Aargau 27 Millionen Franken.

Sollte der Grosse Rat auch in zweiter Lesung beschliessen, nur noch eine kostendeckende Grundbuchabgabe zu erheben, verliert der Kanton 36 Millionen Franken Einnahmen.

Sollte das Volk die Erbschaftssteuer-Initiative gutheissen (die wohl am 14. Juni an die Urne kommt), entgingen Kanton und Gemeinden je maximal 15, also maximal 30 Millionen Franken.

Alle Risiken zusammengezählt, drohen also allein dem Kanton Mindereinnahmen bis 160 Millionen Franken.



Der Kostendruck lastet schwer auf der Alu Menziken, ZVG

Alu Menziken geht nach Rumänien

Auslagerung 40 Arbeitsplätze weniger, doch Entlassungen sollen vermieden werden

VON URS MOSER

Eine direkte Folge der Aufhebung des Euro-Mindestkurses: Die Alu Menziken investiert, aber im Ausland. Ein Teil der Produktion wird nach Rumänien ausgelagert. Dort soll bis 2017 ein neues Presswerk mit zwei Pressen gebaut werden, eine Investition in zweistelliger Millionenhöhe. Im neuen Presswerk mit einer 1000-Tonnen- und einer 5000-Tonnen-Pressen sollen rund 100 Mitarbeiter beschäftigt sein. Im Gegensatz werden zwei alte Pressen am Standort Reinach stillgelegt, nur zwei modernere weiterbetrieben. Dadurch gehen im Aargau weitere 40 Stellen verloren. Er sei aber überzeugt, dass die verbleibenden 200 Arbeitsplätze dadurch langfristig gesichert werden können, wie CEO Alex Tattersall gestern erklärte. Die Auslagerung nach Rumänien sei nicht von langer Hand geplant gewesen, versichert der Alu-Menziken-Chef. Sie sei effektiv erst nach dem 15. Januar beschlossen worden, als Nationalbankpräsident Thomas Jordan bekannt gab, dass man den Euro-Mindestkurs aufgab.

Enormer Preisdruck

«Weder der Standort in Reinach noch der in Menziken werden geschlossen, es gibt keine Massenentlassung und es stehen keine Massnahmen wie Euro-löhne oder dergleichen zur Diskussion», hält Tattersall fest. Auch am Standort Reinach sollen in nächster Zeit noch einmal mehrere Millionen investiert werden. Hier will man sich auf die Produkte mit hoher Wertschöpfung konzentrieren. Namentlich in der Automobilindustrie, wo 40 Prozent der Produktion aus den heute noch vier Pressen in Reinach hingehen, herrsche aber ein enormer Preisdruck, so Tattersall.

Da ist es mit der erneuten Frankenaufwertung einfach nicht mehr möglich, mit Low-cost-Standorten mitzuhalten.

«Jordan hat Party verdorben»

Noch vor wenigen Monaten teilte die Alu Menziken mit, die Integration des österreichischen Leichtbaukomponenten-Herstellers Euromotive ins Unternehmen werde die Aargauer Standorte Reinach und Menziken «nachhaltig stärken». Und nach schwierigen und turbulenten Jahren stellte man für 2014 wieder schwarze Zahlen in Aussicht. Konkrete Zahlen wurden gestern zwar nicht genannt, aber das Ziel hat man offenbar tatsächlich erreicht. «Wir waren 2014 profitabel, darauf sind wir extrem stolz», so Alex Tattersall. Man habe sich auch für 2015 ambitionierte Ziele gesteckt, «dann kam Herr Jordan und hat die Party verdorben». Die Auslagerung nach Rumänien sei nicht von langer Hand geplant gewesen, versichert der Alu-Menziken-Chef. Sie sei effektiv erst nach dem 15. Januar beschlossen worden, als Nationalbankpräsident Thomas Jordan bekannt gab, dass man den Euro-Mindestkurs aufgab.

Unmittelbare Auswirkungen auf die Personalsituation der Alu Menziken im Aargau sollte der Frankenkurs bis zum 2017 geplanten Öffnung des Presswerks in Rumänien nicht oder zumindest kaum haben. Bereits budgetierte Stellen werden nicht geschaffen, Stellen bei Pensionierungen oder Abgängen nicht wieder besetzt. Die «notwendige Reduktion der Personalkosten» werde mit diesen Massnahmen und mit «einem geringfügigen Personalabbau» erreicht, heisst es in der Mitteilung des Unternehmens. Es sollte also ohne oder zumindest mit nur vereinzelten Entlassungen gehen.

SVP ZUM DEFIZIT

Endlich Ausgaben nach den Einnahmen richten

Mit dem provisorischen Rechnungsabschluss 2014 mit einem Defizit von 145,5 Millionen Franken (die SVP rechnet die 80 Millionen Franken aus der Bilanzausgleichsreserve mit hinein) werde klar, «wie nötig die Annahme des Gesetzes über die Leistungsanalyse ist». Dies schreibt Grossrat und Finanzpolitiker Pascal Furer für die SVP Aargau. Als Hauptgrund für das Defizit werde die nicht erhaltene Ausschüttung der Nationalbank genannt. Dieser Betrag reiche jedoch klar nicht, um das Defizit zu decken. Das Ergebnis im wirtschaftlich guten 2014 deute auf ein strukturelles Defizit hin. Ein solches könne nur mit gezielten Massnahmen wie der Leistungsanalyse bekämpft werden. Weitere, echte Sparmassnahmen müssten folgen. Es gelte, «endlich durch Effizienzsteigerung und Verzicht die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten».

FDP ZUM DEFIZIT

Jetzt erst recht: Bitter nötige Leistungsanalyse

Für die FDP Aargau zeigt die Rechnung: «Der Aargauer Finanzausgleich krankt an einem strukturellen Defizit, d. h. einem proportional zu hohen Ausgabenwachstum.» Die Nationalbankgelder seien bei weitem nicht der alleinige Grund für die tiefroten Zahlen, schreiben auch die Freisinnigen. «Damit fällt hoffentlich der Zwanziger auch endlich auf links-grüner Seite», heisst es in der Mitteilung weiter. Die konsequente und vollständige Umsetzung der Leistungsanalyse sei bitter nötig. Die FDP hofft somit sehr auf ein Ja des Souveräns am 8. März an der Urne. Die Situation werde sich mit der Frankenstärke noch verschärfen. Es seien weitere Anstrengungen notwendig, wie beispielsweise die von der FDP geforderte Reduktion der Salärsumme um 2 Prozent. Auch bei den Staatsaufgaben, Projekten und Konzepten liege weiteres Sparpotenzial.

SP ZUM DEFIZIT

Kartenhaus bricht zusammen – Nein am 8. März

Die SP Aargau zeigt sich in ihrer Mitteilung nicht überrascht vom schlechten Abschluss. Seit längerem habe sich abgezeichnet, «dass der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit im Aargau die Staatskasse an die Wand fahren würden». Grund, so Co-Parteipräsident Cédric Wermuth und Co-Fraktionschef Dieter Egli, seien «die unvernünftigen Steuersenkungen für Gutverdienende und für die Wirtschaft, die der Kanton in den letzten 10 Jahren immer wieder vorgenommen hat». Wegen der Hüst-und-hott-Steuersenkungspolitik habe der Aargau ein Einnahmenproblem. Die Finanzpolitik breche wie ein Kartenhaus zusammen. Der Aargau habe kein Geld mehr, um seine wichtigen Aufgaben zu erfüllen, so Wermuth und Egli. Nach diesem «Totalversagen» gebe es einmal mehr keinen Grund, dem Leistungsbaupaket am 8. März zuzustimmen.

CVP ZUM DEFIZIT

Leistungsanalyse umso wichtiger

Ohne die Entnahme von 80 Millionen Franken aus der Bilanzausgleichsreserve wäre das Kantonsdefizit sogar dreifach geworden, betont der Finanzpolitiker und Grossrat Marco Beng namens der CVP. Dies zeige, so Beng im Communiqué, «wie wichtig die Bildung der Ausgleichsreserven in früheren guten Jahren gewesen sei. Dass das Ausbleiben der Nationalbankmillionen tiefe Spuren hinterlassen würde, sei vorhersehbar gewesen. Noch schlimmer wiege der Umstand, so Beng, dass sich die Prognosen für die Folgejahre weiter verschlechtert haben. Die künftigen Nationalbank-Auszahlungen seien ungewiss, die Frankenstärke werde die Exportindustrie und die Gesamtkonjunktur und damit die Höhe der künftigen Steuereinnahmen belasten. Umso wichtiger sei es, die Leistungsanalyse an der Urne anzunehmen.

BDP ZUM DEFIZIT

Jahresabschluss 2014 erfordert Handeln

Der Rechnungsabschluss zeige, dass der Aargau handeln müsse. Dies schreiben BDP-Fraktionschefin Maya Bally Fehner und Grossrat Roland Basler. Ihr Credo: «Wenn nicht mehr gesparrt wird, drohen dem Kanton auch in den kommenden Jahren rote Zahlen.» Die BDP wolle eine ausgeglichene Rechnung und sehe Handlungsbedarf. Ein Ja zur Leistungsanalyse allein reiche nicht, um das Defizit zu eliminieren. Die BDP ist sicher, dass der Kanton bereits heute ein strukturelles Defizit habe. Dabei sei der negative Effekt, welchen die Aufhebung des Euro-Mindestkurses haben wird, natürlich noch nicht enthalten. Die Folge werden Steuerausfälle sein, so Bally und Basler. Nebst dem Ja zur Leistungsanalyse, so die BDP, seien in den nächsten Jahren alle gefordert, dazu beizutragen, das strukturelle Defizit zu eliminieren.

Abfluss verstopft?

Unser 24h Service kommt wie gerufen: Tel. 0800 678 800

ISS KANAL SERVICES

ISS Kanal Services AG | Woblerstrasse 2 | 5623 Boswil

INSERAT

Ja zur CVP-Initiative, weil das Geld den Familien und nicht dem Staat gehört.

Ralf Bucher, Grossrat CVP, Mühlu

Deine Stimme zählt! www.familieninitiativev.ch

JA

20 STEUERFREIE FAMILIENKONTAKTNUMMERN 8. MÄRZ 2015

CVP